

Betreuung oder Selbstbestimmung:

Zur Lage von Menschen mit Behinderungen in Schweden

Unter den vielen Programmen der EU mit wohlklingenden Namen wie TIDE, Horizon oder Leonardo ist HELIOS II das Aktionsprogramm der europäischen Kommission zugunsten behinderter Menschen.



Adolf Ratzka aus Schweden (li.), hier mit Judith Heuman aus den USA

Schweden mit seinen 8,5 Millionen Einwohnern erfreut sich des Rufs eines fortschrittlichen Sozialstaats, in dem Menschen mit Behinderungen unter besseren Bedingungen als in den meisten anderen Ländern leben. Zu diesem Ruf hat die günstige wirtschaftliche Entwicklung des Landes während und nach dem Kriege sowie die Reformpolitik der schwedischen Sozialdemokraten beigetragen, die das Land mit nur kurzen Unterbrechungen seit den 30-er Jahren regieren. Im Zuge dieser Reformen wurden auch die materiellen Lebensbedingungen von alten und behinderten Menschen angehoben, so daß Schweden in der Welt - und vor allem im Lande selbst - als Vorbild auf diesem Gebiet gilt. So ist z.B. Schweden eines der wenigen Länder mit behindertengerechten Bauvorschriften. Seit 1966 müssen alle neugebauten Arbeitsplätze und öffentlichen Gebäude behindertengerecht gebaut werden. Seit 1977 gelten diese Vorschriften auch für den Wohnungsbau. Alle neu gebauten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit drei oder mehreren Stockwerken müssen über Aufzüge erreichbar sein und von Rollstuhlfahrern bewohnt werden können. Die Kosten für individuelle Anpassungen, wie automatische Türöffner, heb- und senkbare Kücheneinrichtungen werden durch einkommensunabhängige Zuschüsse

übernommen. Wegen der geringen Neubautätigkeit der letzten Jahre, der mangelnden Kontrolle und milden Sanktionen sowie den schwachen Bauvorschriften für behindertengerechte Altbauanierung sind jedoch in Stockholm z.B. immer noch etwa 95 % des Wohnungsbestandes nicht geeignet für Rollstuhlfahrer. *(Trotzdem, das heißt immerhin, daß jede zwanzigste Wohnung rolligängig ist - für Deutschland wären das geradezu paradiesische Zustände! Anm. d. Korrekturleserin)* Die Entwicklung von gemeindenahen Lösungen für alte und behinderte Menschen anstelle von Heimunterbringung und anderen Einrichtungen ist in Schweden leichter zu vollziehen sein als in vielen anderen Ländern, einmal wegen des höheren Anteils an behindertengerechten Wohnungen und zum zweiten wegen des besser ausgebauten Netzes von ambulanten Diensten. In größeren Gemeinden bestehen Rund-um-die-Uhr-Dienste, die es vielen älteren und behinderten Menschen ermöglichen, in ihrer eigenen Wohnung statt in einem Altenheim oder in einer anderen Einrichtung zu leben.

Der Integration von behinderten Schülern wird großes Gewicht beigemessen: So müssen etwa Schul- und Kindergartenneubauten behindertengerecht sein; behinderten Schülern werden Assistenten bereitgestellt. Die meisten Schü-

ler mit Behinderungen gehen in die Regelschule. Der Rest besucht Spezialklassen innerhalb der Regelschule. Bei vielen höheren Schulen fehlen jedoch die Voraussetzungen zur Integration von Schülern mit umfassenden Behinderungen. Es gibt einige Regelgymnasien mit abgeschlossenem Internat, wo behinderte Schüler aus ganz Schweden untergebracht werden müssen. Auf diese Weise ersparen sich viele Gemeinden im Lande erhebliche Kosten für Schulanpassung und überhaupt lebenslange Ausgaben, zu denen sie laut Gesetz verpflichtet sind, wenn die betreffenden Schüler nach Abschluß nicht mehr in die Heimatkommune zurückkehren. Ein Großteil der materiellen Verbesserungen geht auf die schwedischen Behindertenverbände zurück, die in enger Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei ihre Interessen politisch umzusetzen mußten. Die schwedischen Verbände sind auf Grund ihrer relativ guten wirtschaftlichen Lage und langjährigen politischen Erfahrungen stark an internationalen Fragen interessiert, waren z. B. maßgebend an der Gründung von Disabled Peoples International, dem internationalen Dachverband aller Behindertenorganisationen, und verfügen über eine eigene Stiftung, die mit finanzieller Hilfe des staatlichen schwedischen Entwicklungsdienstes den Aufbau von Behindertenorganisationen in der Dritten Welt fördert. Die neueste Errungenschaft des schwedischen Wohlfahrtsstaats ist die Assistenzreform. Menschen unter 65 Jahren, deren Abhängigkeit von praktischen Hilfen im Alltag auf 20 Wochenstunden oder mehr eingestuft wurde, erhalten von der staatlichen Sozialversicherung monatliche Beträge, die es ihnen ermöglicht, ihre Assistenzdienste von Gemeinde oder privaten Firmen zu kaufen oder selbst zu organisieren, entweder in einer Genossenschaft oder als einzelner Arbeitgeber. Die staatliche Sozialversicherung wird vom Steueraufkommen finanziert und ihre Leistungen sind einkommensunabhängig. Die Zahlungen decken die vollen Lohn- und Lohnnebenkosten sowie die Verwaltungskosten von Dienstanbieter und Nutzer (etwa

die Kosten des begleitenden Assistenten auf Reisen). Die Verwendung der Mittel muß nachgewiesen werden. Das Gesetz wurde stark von der schwedischen Independent-Living-Bewegung geprägt. Bei der Parlamentsdebatte zur Abstimmung über das Gesetz erwähnte der Sozialminister die Pionierrolle von STIL, der Stockholmer Genossenschaft für Independent Living, deren politischer Kampf um selbstbestimmte persönliche Assistenz ausschlaggebend für die Entstehung der Reform war und deren praktische Arbeit mit selbstverwalteter Assistenz als Modell für das Gesetz und seine Ausführungsbestimmungen diente.

„Assistenzreform“ - schon der Name des Gesetzes zeigt, daß die Reform entscheidend von der Independent-Living-Bewegung beeinflusst war. Im Gegensatz zum herkömmlichen Begriff Pflege, der uns als Objekt entmündigt, prägte die schwedische Independent Living Bewegung den Ausdruck persönliche Assistenz, der uns die Rolle des Chefs zuweist. (Warum die deutsche Selbstbestimmt Leben Bewegung immer noch nicht das Wort Pflege, wie in Pflegeversicherung, Pflegeabhängige etc., zurückgewiesen hat, liegt meines Erachtens an der geringen Selbstbestimmung der wirklichen Assistenzbenutzer in der BRD - die Mehrzahl der nationalen Vorkämpfer auf diesem Gebiet

scheint recht gut ohne tägliche Assistenz auszukommen. Jemand, der ohne fremde Hilfe auf die Toilette oder aus dem Bett kommt, kann zu diesem Thema nur schlecht als Experte in eigener Sache auftreten. Selbstbestimmung dagegen gibt Durchschlagkraft. In Schweden verknüpft man inzwischen Independent Living fast ausschließlich mit persönlicher Assistenz.) Ich bekomme manchmal Post von Leuten, die nach Schweden auswandern wollen. Bevor sich jetzt jemand etwas Ähnliches überlegt, bitte erst den Artikel zuende lesen!

Nach den expansiven, reformfreundlichen 60er und 70er Jahren haben Menschen mit Behinderungen in Schweden für die nächste Zukunft keine nennenswerten materiellen Verbesserungen zu erwarten. Im Gegenteil: In einer Zeit abnehmenden Wirtschaftswachstums, der Steuermüdigkeit, der Abwälzung der Sozialleistungen vom Staat auf die Gemeinden und dem Abbröckeln des Sozialstaats im Zuge der Anpassungen an die bevorstehende Europäische Währungsunion schneiden Menschen mit Behinderungen in Schweden vielen Bereichen (Ausbildung, Berufschancen, Einkommen, Wohnverhältnisse, sozialen Kontakte) als Gruppe schlechter ab als ihre nichtbehinderten Mitbürger. Das geht aus den offiziellen schwedischen Statistiken hervor. So war

es natürlich schon immer. Nur, die Kluft zwischen Menschen mit Behinderungen und der übrigen Bevölkerung nimmt zu. Auf dem Arbeitsmarkt werden Menschen mit Behinderungen systematisch diskriminiert. Nur 38% der Menschen mit Körperbehinderungen im Alter von 16-64 Jahren sind erwerbstätig. In der gleichen Altersgruppe der Gesamtbevölkerung sind 78% beschäftigt. Jährlich werden rund 2.000 behinderte Jugendliche direkt nach Schulabschluß zu Frührentnern befördert. Öffentliche Bemühungen, die Arbeitsmarktlage von Menschen mit Behinderungen zu verbessern, bestehen aus Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen, Zuschüssen zur Anpassung von Arbeitsplätzen und Bereitstellung von persönlichen Assistenten - Maßnahmen, die nicht ausreichen.

Die Einführung einer Antidiskriminierungsgesetzgebung ist kein ernsthaftes Thema. Diskutiert wird ein solches Gesetz zur Zeit, allenfalls für den Arbeitsmarkt, und zwar in Anlehnung eines Gesetzes zum Schutz von Einwanderern, das es seit einigen Jahren gibt. In den bisher insgesamt 150 behandelten Fällen, in denen Immigranten diskriminierende Arbeitgeber anzeigten, wurde jedoch noch kein einziger Arbeitgeber verurteilt: Die Beweisführung würde verlangen, daß der Arbeitgeber offen zugibt, er habe den

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:

'krüppeltopia' e.V. -

Verein zur Förderung

der Emanzipation Behinderter

Jordanstraße 5, 34117 Kassel,

Tel.: 0561 / 7 28 85 51, Fax: 7 28 85 29

RESSORTS & REDAKTIONSADRESSEN

● *Bücher/Rezensionen:* Redaktion Berlin, Ursula Aurién, Barbarossastr. 24, 10779 Berlin, Tel.: 030 / 2 18 43 76

● *Abo & Vertrieb:* die randschau - Ralf Datzler

Redaktion Kassel, Jordanstraße 5, 34117 Kassel,

Tel.: 0561 / 7 28 85 51, Fax: 0561 / 7 28 85 29

● *Redaktion Marburg, Ulrike Lux / Jörg Fretter, Friedrich-Ebert-Str. 13, 35039 Marburg, Tel.: 06421 / 48 30 77*

● *Anzeigen:* Redaktion Kassel, Christof Rill,

Weidstücker Str. 9, 34127 Kassel, Tel.: 0561 / 84355

● *Magazin:* Redaktion München, Thomas Schmidt, Ridlerstraße 60, 80339 München, Tel. 089 / 54072794

● *Aktuelles:* Redaktion Bielefeld, Julia Ney, Kreuzberger Straße 13, 33619 Bielefeld, Tel.: 0521 / 10 93 77

● *Redaktion Essen, Volker van der Locht, Grendplatz 4, 45276 Essen, Tel.: 0201 / 51 26 47, Fax: 0201 / 51 97 92*

● *Redaktion Bonn, Martin Seidler, An der Josefshöhe 21, 53117 Bonn, Tel.: 0228 / 67 98 29*

STÄNDIGE MITARBEITERINNEN:

Ursula Aurién (Berlin), Martin Seidler (Bonn), Thomas Schmidt (München), Julia Ney (Bielefeld), Christof Rill (Kassel), Ralf Datzler (Kassel), Ulrike Lux (Marburg), Jörg Fretter (Marburg)
V.i.S.d.P.: Volker van der Locht (Essen)

Die **CASSETTENAUSGABE** der randschau wird betreut durch die Aktion Tonbandzeitung für Blinde e.V., Holzminden, betreut. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

e.mail: randschau@asco.nev.sub.de

Wir freuen uns natürlich über unverlangt eingesandte Beiträge und Infos. Um uns die Bearbeitung auf dem PC zu erleichtern, nehmen wir am liebsten Texte, die informativ auf WORD (alle Versionen) geschrieben wurden. Als Speichermedien bitte nur 3,5" und 5,25" Disketten verwenden.

ABO PREISE:

Preis für 4 Ausgaben 25,- DM / Ausland 35,- DM / auf Cassette 30,- DM / Cassette & Schwarzschrift 40,- DM / Einzelpreis 7,- DM & 2,- DM Porto/Verpackung (Abobestellungen an die Herausgeberin)

BANKVERBINDUNG:

Stadtparkasse Kassel (BLZ: 520 501 51) Konto-Nr.: 1009 422 (Stichwort "krüppeltopia" e.V./die randschau)

ERSCHEINUNGSWEISE: vierteljährlich **AUFLAGE:** 2.500

TITELFOTO: Ursula Aurién, Berlin

SATZ: randschau-Team, Kassel

DRUCK: DER DRUCKLADEN, Kohlenstraße 32, 34121 Kassel

EIGENTUMSVORBEHALT:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Auslieferung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Darstellung des Grundes zurückzusenden.

BITTE DIE NEUE(N) ADRESSE(N) BEACHTEN!!!

Dieser Ausgabe liegt das Falblatt 'Selbstbestimmt Leben KONKRET' der ISL e.V. bei

die randschau
Zeitschrift für Behindertenpolitik



Foto: Ursula Auriel, Berlin

betreffenden Bewerber ausschließlich wegen seiner ausländischen Herkunft nicht eingestellt. Ein ähnliches Schicksal ist für das Gesetz gegen Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsplatz zu erwarten.

Dem Grundgesetz nach darf man Menschen mit Behinderungen benachteiligen. Dort steht nämlich nichts Gegenteiliges. Laila Freiwald, derzeitige Justizministerin, wurde in der Presse zitiert, sie habe Verständnis für den Restaurantbetreiber, der einer Gruppe von Menschen mit intellektuellen Behinderungen kürzlich den Zutritt verweigerte. Interessanterweise hat der Besitzer daraufhin ein Schild am Eingang seines Lokals angebracht, auf dem er Menschen mit intellektuellen Behinderungen den Zutritt verweigert. Apartheid wurde in Südafrika abgeschafft, in Schweden noch nicht. Die großen Behindertenverbände sind nur widerstrebend an einer Diskussion über Antidiskriminierungsgesetze interessiert. Die Ursache dafür liegt wohl z.T. darin, daß viele Funktionäre nicht selbst behindert sind, daß gut die Hälfte aller Mitglieder in den großen Verbänden volles Stimmrecht, aber keine Behinderungen haben. Die wichtigste Ursache dürfte jedoch darin bestehen, daß sich so wenige Menschen mit Behinderungen benachteiligt fühlen. Laut einer Umfrage fühlen sich zwar 35% von jüngeren Menschen mit Behinderungen diskriminiert aber nur 17% der über 50-Jährigen. Die meisten Vereinsmitglieder sind über 50. Die skandinavische Tradition hält nichts von Sondergesetzen, denn deren Existenz an sich - so argumentiert man häufig - würde diskriminierend, ausgliedernd und stigmatisierend wirken. Aber die krasse Wirklichkeit bezeugt, daß diese edle Philosophie unsere Bürgerrechte bisher nicht garantieren konnte. Verglichen mit den USA, wo das ADA („Americans with Disabilities Act“) ein solches Sondergesetz darstellt, ist unsere Bewegungsfreiheit in Schweden, Dänemark oder Norwegen bedeutend mehr eingeschränkt. Solche Vergleiche sollte man übrigens in Schweden tunlichst nur im engen Freundeskreis äußern, denn das sozialdemokratisch gesteuerte Land ist empfindlich stolz auf seine sozialen Errungenschaften. Behindertenfragen sind

nach wie vor humanitäre und soziale Fragen. Mit Begriffen wie Bürgerrechte macht man sich nur als politisch Rechtaußen verdächtig. Für Bürgerrechte arbeitet man im Ausland, im sozialdemokratischen Schweden sollte so etwas nicht nötig sein, lautet ungefähr die Logik. Menschen mit Behinderungen rechnet man zu den schwachen Gruppen in der Gesellschaft, wie Kinder, Alte, Einwanderer oder Alkoholiker, die der besonderen Obhut des Staates empfohlen werden und den Sonderstatus (und damit auch das soziale Stigma) der Fürsorgebedürftigkeit besitzen. Damit wird der Weg zu ausgliedernden Sonderlösungen (wie Fahrdienste statt behindertengerechtem Nahverkehr) und Bevormundung geöffnet. Dieses weitverbreitete Sozialfall-Image dürfte letztlich auch der hauptssächliche Grund für die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sein, denn welcher Arbeitgeber will schon eine Kraft einstellen, die zu den Schwächsten der Gesellschaft gehört. Es ist schwer, im Ausland ein faires Bild von Schweden zu vermitteln. Zum einem exportiert man hier gerne den Mythos vom Musterlände und menschenfreundlichen Wohlfahrtsstaat. Zum anderen aber will man in vielen Ländern (aber nicht in Schweden) auf ein anderes Land zeigen und behaupten, daß das, was dort möglich ist, auch im eigenen Land eingeführt werden müsse. Dabei verläßt man sich nur allzu gerne auf s Hörensagen, ohne die Informationsquellen kritisch zu kontrollieren. Man ist also oft überhaupt nicht an der schwedischen Wirklichkeit interessiert. Also bitte nicht mit der Hoffnung nach Schweden auswandern, sich hier mit fetten öffentlichen Geldern in den Ruhestand zurückziehen zu können. Diese Gelder waren noch nie fett und bei diesem internationalem Wettbewerb um die schnellste Abmagerung der Sozialleistungen wird es sie wohl nicht mehr lange geben. Außerdem gibt es hier schon zu viele schwedische Behinderte mit Versorgungsmentalität. Was wir hier bräuchten, sind rüde Radaubröder und -schwwestern, die sich nicht versorgen, bevormunden und betreiben lassen, sondern ihre Bürgerrechte fordern.

ADOLF RATZKA, STOCKHOLM

31.12.1996 - Sylvester, für Alle, die mit der randschau in den 12. Jahrgang feiern wollen. Viel Spaß!

25.-26.1.97, Nach Hause kommen zu mir... Entspannungs- und Wohlfühlwochenende für körper-, sehbehinderte und blinde Frauen, Ort: Kassel, Halle der Behindertensportgemeinschaft, TN-Preis: 90 DM, Anmeldung bis zum 13.1.97 bei: Hess. Koordinationsbüro für behinderte Frauen, Jordanstraße 5, 34117 Kassel, Tel.: 0561 / 7 28 85 22, Fax: 0561 / 7 28 85 29

10.-14.2.97, SHIATSU - Weg zur eigenen Mitte, Kurs für blinde und sehbehinderte Frauen und Freundinnen, Anreise So. 9.2.97, Kurskosten nach Selbsteinschätzung zwischen 530 und 630 DM. Infos und Anmeldung: Frauenbildungshaus Anraff e.V., Königsbergerstraße 6, 34549 Edertal-Anraff, Tel.: 05621 / 32 18

11.-15.6.97, Kloster Seeon, Chiemsee, Oberbayern, 20 Jahre Feministische Beratung, Therapie und Supervision - 20. Frauentherapiekongress - Infos bei: Frauentherapiezentrum München, Gullstraße 3, 80336 München

26.-29.6.97, top '97 - Frauenmesse i auf dem Messegelände Düsseldorf. Tägl. v. 10 - 20 Uhr. Tageskarte 15 DM

Bifos-Urlaub 1997

Auf, in die Niederlande - 10 Tage im Spätsommer '97 unterwegs im Nachbarland. Wir verbinden Politik und Freizeit, touristische Attraktionen und Entspannung. Ein neues Angebot des bifos e.V.. Wir organisieren Unterbringung (in Hotels und auf dem Hausboot) und Verpflegung, sowie das Programm,... Interesse?

Infos und Anmeldung:

bifos e.V., Jörg Fretter, Jordanstr. 5, 34117 Kassel, Tel.: 0561 / 7 28 85 41, Fax: 0561 / 7 28 85 44

Das neue bifos-Programm erscheint im Januar 97 und ist mit 2 DM Rückporto bei obiger Adresse zu bekommen.

